

Gummersbach 23.02.2023

PRESSEMITTEILUNG

GRÜNE Oberberg kritisieren die Beanstandung des Ratsbürgerentscheids in Nümbrecht durch die Kommunalaufsicht des Kreises

Ein Bären dienst für Demokratie, Wirtschaft und Klima!

Der Kreisvorstand von B'90/ DIE GRÜNEN kritisiert scharf die Beanstandung des Ratsbürgerentscheids in Nümbrecht durch die Kommunalaufsicht des Oberbergischen Kreises wenige Stunden vor der Auszählung der abgegebenen Stimmen. Diese Kritik hat der Sprecher des Kreisverbands und Landtagsabgeordnete **Marc Zimmermann** in einer Mail an den Landrat deutlich formuliert.

In seiner Stellungnahme hat Marc Zimmermann daran erinnert, dass der Ausbau erneuerbarer Energien in der Landesregierung eine sehr hohe Bedeutung einnimmt. Die Koalition von CDU und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN in NRW hält die angestrebte Klimaneutralität für existenziell für unsere Wirtschaft. Ein attraktiver Wirtschaftsstandort wird zukünftig nur dann bestehen können, wenn er günstige klimaneutrale Energie bereitstellen kann. In diesem Zusammenhang ist Windenergie von entscheidender Bedeutung. Es ist allgemein anerkannt, dass die Akzeptanz dieser Energieform stark von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger abhängt. In seiner Mail stellt Marc Zimmermann fest: „Wer diese Beteiligung nun aus formalen und aus meiner Sicht rechtlich fragwürdigen Gründen heraus unterbindet, gefährdet auch den Wirtschaftsstandort Oberberg und langfristig die Arbeitsplätze in der Region.“

Er betont ebenfalls, dass er das Eingreifen der Kommunalaufsicht wenige Stunden vor Beginn der Stimmenauszählung für äußerst fragwürdig hält. Es sei geeignet, das Vertrauen in die Demokratie in unserer Region zu beschädigen. „Die demokratische Beteiligung der Nümbrechter Bürgerinnen und Bürger durch den Rat der Gemeinde ist aus meiner Sicht vorbildlich, gerade bei einer derart sensiblen gesellschaftlichen Frage. Diese Beteiligung nun von Oben herab aus für den normalen Bürger kaum verständlichen formalen Gründen zu stoppen führt nur zu weiterer Verdrossenheit und stärkt antidemokratische Strömungen hier in Oberberg. Ihre rechtlichen Bedenken hätten Sie nach dem Beschluss des Rates im September prüfen müssen, Ihre Beanstandung hätte im Anschluss erfolgen können und müssen. Der Vorgang war Ihnen ja sicher auch bekannt.“

„Wer soll das denn unseren Bürger:innen noch erklären- die Bürgerbeteiligung zur Energiewende scheitert vor Ort an Bedenken der Kommunalaufsicht, ob „einverstanden“ die richtige Formulierung ist?“ so auch **Sabine Grützmaier** MdB in einer ersten Reaktion.

Abschließend fragen wir: Welche neuen Tatsachen oder Einwendungen haben den Landrat bewogen, in dieser Form in die demokratische Willensbekundung in Nümbrecht einzugreifen? Welche Interessen hat der Oberbergische Kreis hier vertreten, um derart das Vorankommen in der Energiewende in Oberberg auszubremsen? Durch den Ausbau erneuerbarer Energien übernimmt der Kreis seine Verantwortung im Klimaschutz. Er sichert langfristig den Wirtschaftsstandort Oberberg und trägt zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region bei. Dazu ist eine gesellschaftliche Debatte unabdingbar. In Nümbrecht wurde diese nach unserer Ansicht umfassend und vorbildlich geführt, die sehr hohe Beteiligung am Bürgerentscheid verdeutlicht das. Ein Bürgerentscheid trägt zur Akzeptanz demokratischer Prozesse bei und gewährleistet die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger. Das Vorgehen der Kommunalaufsicht des Oberbergischen Kreises hat der kommunalen Demokratie aus bisher nicht erklärten Gründen Schaden zugefügt!